

Oskar Weggel

Chinas Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts

Teil 4: Die Akteure

– Wer gestaltet in China Außenpolitik? –

Gliederung

- 4.1 Wieviele Akteure: einer, drei oder vielleicht sogar sieben?
- 4.2 Die an außenpolitischen Entscheidungen beteiligten „Pole“
 - 4.2.1 Die KP als Führungsorgan
 - 4.2.2 Staatsapparat und Außenpolitik
 - 4.2.3 Die halboffiziellen Brückenorgane im außenpolitischen Prozeß
 - 4.2.4 Der Einfluß des Militärs auf außenpolitische Entscheidungen
 - 4.2.4.1 Das politische Gewicht der VBA
 - 4.2.4.2 Grenzen der Einflußnahme auf außenpolitische Entscheidungen
 - 4.2.4.2.1 Personalunion von Partei- und Militärvorsitz
 - 4.2.4.2.2 Es gibt keinen (in sich geschlossenen) MIK und keine (kohärente) „militärische Außenpolitik“
 - 4.2.4.2.3 Wie weit geht die militäreigene Außenpolitik?
 - 4.2.4.2.4 Tendenzuell abnehmender Einfluß der VBA auf das außenpolitische Geschehen
 - 4.2.4.3 Geheimdienste – eine quantité négligeable
 - 4.2.4.4 Wie weit mischen Provinzen und Wirtschaftssonderzonen in der Außenpolitik mit?
 - 4.2.5 Öffentlichkeit und „kleine Politik“

4.1

Wieviele Akteure: einer, drei oder vielleicht sogar sieben?

Ginge es den Wünschen der KP-Führung nach, so beschränkte sich das Feld der Handelnden in der Außenpolitik auf einen knapp umschriebenen Kreis:

- Außenpolitik i.w.S. würde auf den drei Ebenen des Staats, der KP und des „Volks“ betrieben, und zwar von den dafür jeweils zuständigen Gremien – und Personen.¹
- Außenpolitik i.e.S. gar beschränkte sich exklusiv auf die im Außenministerium zusammengefaßte Bürokratie, die allerdings von der KP-Führung angeleitet

würde – gemäß dem leninistischen Grundsatz, daß die KP führt, der Staat (und in diesem Fall das Außenministerium) aber die Durchführung besorgt.

Dieses Idealbild ist allerdings immer wieder angekratzt worden – in den Anfangsjahren der Volksrepublik durch den damals noch vorherrschenden „Monismus“,² der zu einer Vermischung von Innen- und Außenpolitik führte und vor allem der KP zugute kam, später aber durch die Konkurrenz anderer Instanzen, die sich unter Einsatz des Ellenbogens Einfluß zu verschaffen wußten, angefangen vom Militär und den Geheimdiensten über die Regionen (Provinzen!) bis hin zu einem neuen Machtfaktor, der den Apologeten autoritärer Positionen besonders unheimlich ist, nämlich der großen Unbekannten namens „Öffentlichkeit“, die einstweilen vor allem von „Kreisen der Wirtschaft“, von der Intelligenz und – etwas generalistischer ausgedrückt – von den Protagonisten des neuen Mittelstands getragen wird. Ihre Chance besteht darin, zum Repräsentanten einer „kleinen Politik“ zu werden, die zur „großen Politik“ des überkommenen außenpolitischen Establishments in Konkurrenz tritt.

Der Blick zurück (in die frühen Jahre der Volksrepublik) und der Blick nach vorn (nämlich auf eine immer größer werdende Öffentlichkeit) zeigen also höchst verschiedene politische Landschaften, die sich vor allem dadurch unterscheiden, daß die KPCh früher auch in der Außenpolitik noch Monopolgewalt ausüben und „ohne viel Federlesens“ von oben nach unten „durchregieren“ konnte, während die außenpolitischen Gestaltungsprozesse der Zukunft wohl eher multipolar erfolgen und sich dabei immer mehr von unten nach oben richten dürften.

Eine Zeitlang schien es, als könnte das Außenministerium gegenüber konkurrierenden Gremien genügend Eigengewicht erhalten, um zur Gestaltung einer Politik eigener Couleur fähig zu sein. Treibende Kraft war damals kein geringerer als der von Anfang an als Ministerpräsident dominierende Zhou Enlai, der in Personalunion auch gleich die Funktion eines Außenministers übernommen hatte. Außenpolitische Aktionen, die durch seine Autorität beglaubigt wurden (z.B. die Verhandlungen mit der Sowjetunion, die Schlichtung im Koreakrieg und das Auftreten in Genf 1954 sowie in Bandung 1955), hatten das Außenamt so kräftig aufgewertet und ihm so viel „Gesicht“ verliehen, daß es schließlich – im Jahre 1958 – mit einem eigenen Minister besetzt wurde, der obendrein beträchtliches politisches Eigengewicht auf die Wagschale bringen konnte, nämlich Marschall Chen Yi.

Chen Yi konnte von seinem Ruhm als erfolgreicher Bürgerkriegsgeneral allerdings nur bis zum Beginn der Kulturrevolution zehren. Dann wurden auch er – und mit ihm das Außenamt – von den spätaoistischen Entwicklungen eingeholt und glatt überrollt.

Unter den Nachfolgern Chens war kein einziger mehr dazu imstande, dem Außenressort wieder jenen Glanz zurückzugeben, den es unter Zhou Enlai und seinem unmittelbaren Nachfolger noch ausgestrahlt hatte. (Zur „Ahnenreihe“ der Außenminister vergl. unten 4.2.2.)

Seit dem Beginn des Reformkurses begannen wirtschaftliche und außenwirtschaftliche Interessen immer mehr die Eigenständigkeit staatlicher Außenpolitik zu un-

¹Näheres dazu in Teil 5.

²Dazu Näheres in dieser Serie, C.a., 1998/5, S.597 ff.

tergraben. Aber auch die überkommene Partei- sowie die Volksdiplomatie, die – nach sowjetischem Vorbild – der staatlichen Außenpolitik zur Seite treten sollten, mußten schon bald Federn lassen: Die „Parteiaußenpolitik“ näherte sich dem Nullpunkt, seit das „Ostblocksystem“ zusammengebrochen war, die „Volksdiplomatie“ aber verlor an Eigengewicht, seit in Beijing nicht mehr Klassenkämpfer und Mitglieder des Partisanenadels, sondern Wirtschaftsfachleute den Ton angaben, die weniger an die „Völker der Welt“ appellieren als sich an Investoren und ausländische Wirtschaftsbürokraten wenden wollten.

Trotz dieser epochalen Veränderungen aber soll die nachfolgende Darstellung dem lange Zeit konventionellen Schema folgen und zunächst jene drei Organe behandeln, die das chinesische Außenverhalten – zumindest nach offiziellem Selbstverständnis! – viele Jahre mitgestaltet haben und von denen eines, nämlich das ZK, die Grundsatzentscheidungen traf, während die beiden anderen, nämlich das Außenministerium und eine Reihe von „Brückenorganen“, die Ausführung zu besorgen hatten.

4.2

Die an außenpolitischen Entscheidungen beteiligten „Poŕ“

Bei Erörterungen theoretischer Art pflegt in offiziellen und halboffiziellen Verlautbarungen immer wieder der Begriff „Poŕ“ (*ji* [1]) aufzutauchen – bezogen allerdings zunächst nur auf Konstellationen im internationalen System, angefangen von der Bipolarität bis hin zur „Multipolarisierung“ (*duojihua*).

Von einem „Poŕ“ ist dann die Rede, wenn eine Nation oder eine Staatengemeinschaft die Chance hat, ihren Vorstellungen überall Gehör zu verschaffen und auf diese Weise entscheidenden Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten zu gewinnen.³ Die „Poŕ“-Fähigkeit bemißt sich tendenziell immer mehr nach wirtschaftlichen als nach bloß politischen Kriterien.

Mit den oben beschriebenen Inhalten läßt sich der Pol-Begriff nicht nur auf die internationalen, sondern analog dazu auch auf die innenpolitischen Konstellationen eines Landes anwenden. In diesem Sinne kann jede Institution und jede Personengruppe als „Poŕ“ gelten, der es gelingt, Entscheidungen zu erzwingen, die ohne ihre Mitwirkung nicht oder aber anders gefällt worden wären.

So gesehen sind es sieben „Poŕ“, die nachfolgend behandelt werden müssen, nämlich Partei – Staat – „Brückenorgan“: diese „klassischen Dreier“ sowie Militär, Geheimdienste, Provinzen und „Öffentlichkeit“.

4.2.1

Die KP als Führungsorgan

Obwohl der „Sozialismus“ seit Beginn der Reformen an Glanz – und an Substanz – verloren hat, ist es alles in allem doch beim Führungsmonopol der KPCh – auch im Bereich der Außenpolitik – geblieben, zumindest formell! Allerdings haben sich innerhalb des KP-Apparats nirgends klare Zuständigkeiten einspielen können; statt dessen herrscht ein verwirrendes institutionelles Über- und Nebeneinander, das als solches nicht nur permanente Auseinandersetzungen um Macht und Einfluß erkennen läßt,

sondern Konkurrenzbedingungen dieser Art in der Rückkopplung auch noch besonders verstärkt.

Höchste Entscheidungsinstanz bleibt nach wie vor die Parteispitze, d.h. das ZK und sein 24-köpfiges Politbüro, dem u.a. sieben Ständige Mitglieder angehören (Stand: März 1998).

„Näher an der Materie“ als das Politbüro befinden sich freilich die für Außenfragen zuständigen ZK-Abteilungen: Lange Zeit stand hier die Abteilung für „Internationale Verbindungen“ (*duiwai lianluobu* [2]) mit ihren acht Regionalbüros (Rußland (früher Sowjetunion), Südostasien, Japan, Westasien, Afrika, Lateinamerika, USA, Europa) und ihren vier „Bewegungsabteilungen“ (Gewerkschaftsfragen, Friedensausschuß, Jugendverbände und Frauenligen) einsam im Vordergrund.

Seit dem Ende der 80er Jahre hat das *lianluobu* jedoch übermächtige Konkurrenz erhalten, sei es nun in Form der „ZK-Führungsgruppe für Auswärtige Angelegenheiten“ (unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten Li Peng) oder sei es in Form der „ZK-Führungsgruppe für Taiwanfragen“ (unter der Leitung von Partei- und Staatschef Jiang Zemin) sowie des „ZK-Amtes für Taiwanangelegenheiten“, um hier nur einige besonders prominente Vertreter der neuen Gremiengeneration zu nennen. Sie alle haben den Einfluß der „Abteilung für internationale Beziehungen“ längst beschnitten, zumindest was die Mitwirkung bei Entscheidungen in Fragen der allgemeinen Außenpolitik anbelangt. Auch kann Dai Bingguo, der Vorsitzende der „Abteilung“, der „lediglich“ einfaches ZK-Mitglied ist, den beiden Konkurrenten vom Politbüro nicht im entferntesten das Wasser reichen. Das *lianluobu* ist nach alledem zwar nach wie vor eine Art „Außenministerium der KPCh“, sieht sich in seinen Rechten aber längst auf die Beziehungspflege zu anderen politischen Parteien beschränkt. Da es „richtig“ KPs seit dem Zusammenbruch des Ostblocksystems kaum noch gibt, hat das „Partei-Außenministerium“ sich nach Ersatz umgesehen und ist dabei zunächst bei sozialdemokratischen Parteien wie der deutschen SPD sowie den französischen und italienischen Sozialisten fündig geworden. Damit nicht genug, begann es sich seit 1998, d.h. seit dem Clinton-Besuch in China, den beiden großen amerikanischen Parteien, nämlich den Demokraten und den Republikanern, zuzuwenden. Bei diesen Versuchen hat es sich übrigens auf die Spuren Taiwans begeben, das bei den amerikanischen Parteien seit Jahrzehnten „einen großen Stein im Brett hat“ und dessen Politiker sich beim US-Kongreß hoher Beliebtheit erfreuen, obwohl sie beim Außenministerium offiziell abgeschrieben sind. Hier – im „informellen“, d.h. nichtstaatlichen Bereich der Diplomatie – gibt es also noch viel nachzuholen: konnte die chinesische Seite doch seit dem Clinton-Besuch i.J. 1998 einerseits eine rasche atmosphärische Verbesserung im Bereich der offiziellen Diplomatie und der „Gipfel-Begegnungen“ registrieren, während es auf der anderen Seite – in einem manchmal fast spiegelbildlichen Verhältnis – zu wachsenden Spannungen mit den politischen Parteien, vor allem mit den Republikanern, kam, die sich auf die VR China seit Jahren eingeschossen hatten, sei es nun im Bereich der Menschenrechts- oder der Tibetfrage sowie mit Vorwürfen „religiöser Unterdrückung“ und des „Diebstahls geistigen Eigentums“ oder sei es mit der Behauptung, Beijing habe

³Vergl. hierzu im einzelnen m.N. C.a., 1992/2, S.95.

sich mit subtil gesteuerten „Wahlkampfspenden“ zugunsten Clintons in den amerikanischen Wahlkampf einschaltet.

4.2.2

Staatsapparat und Außenpolitik

Nach dem Selbstverständnis der chinesischen Führung haben die staatlichen Außenorgane Entscheidungen vorzubereiten und auszuführen, während die Partei sie trifft.

Von den sieben Staatsorganen, die in der Verfassung von 1982 vorkommen, sind drei außenpolitisch von Bedeutung, nämlich der *Nationale Volkskongreß*, der u.a. völkerrechtliche Abkommen ratifiziert, ferner der *Staatspräsident* („Vorsitzender der VR China“), der diplomatisches Personal empfängt und entsendet, und nicht zuletzt der *Staatsrat*, in dem sich die Zentrale Volksregierung mit einem Ministerpräsidenten, seinen vier Stellvertretern, 29 Ministerien und fünf Kommissionen verkörpert (Stand: März 1998).

Dreieinhalb Ressorts sind vor allem mit außenpolitischen Fragen befaßt, nämlich das Außenministerium, das „Ministerium für Außenhandel und für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ und das Verteidigungsministerium sowie – in Teilaspekten – auch die im Ministerialrang stehende *Renmin Yinhang* [3] (Chinesische Volksbank).

Das Außenministerium hat, wie bereits berichtet, eine schwere Geburt hinter sich: In kaiserlicher Zeit hatte sich das Reich der Mitte, dem der Gedanke einer Gleichheit zwischen „Nationen“ ja fremd gewesen war,⁴ erst nach demütigenden Niederlagen und nach den „Ungleichen Verträgen“ von Tianjin und Beijing (1858 und 1860) dazu herbeigelassen, ein Amt für Außenangelegenheiten – das *Zongli Yamen* [4] – einzurichten, das aber, wie erwähnt, zunächst eher dem Zweck diente, europäische Diplomaten möglichst auf Distanz zu halten, als sich mit ihnen kurzzuschließen.⁵ Erst nach Ausrufung der Republik am 1.1.1912 hatte sich das neue China dann nach und nach bereitgefunden, einen außenpolitischen Apparat nach westlichem Muster aufzubauen und sich jenem diplomatischen Brauchtum Europas anzupassen, das seit dem Wiener Kongreß von 1815 entwickelt worden war.

Die Volksrepublik China hat diesen Anpassungsprozeß fortgesetzt, auch wenn sie dabei – ähnlich wie die Qing-Dynastie – zunächst über ihren eigenen Schatten springen mußte.

Mittlerweile sieht das *waijiaobu* [5], d.h. das Außenministerium, den Auswärtigen Ressorts anderer Staaten bis zum Verwechseln ähnlich. Es umfaßt die „Behörden für diplomatische Angelegenheiten“ (*waishi jiguan* [6]) und unterhält zahlreiche Gremien, wie z.B. eine „Protokollabteilung“ (*libinsi* [7]), die von ferne an das alte *libu* [8] denken läßt, d.h. an das Ritualministerium, das über 1.000 Jahre lang die Tributbeziehungen am Laufen gehalten hat und insofern eine Art Quasi-Außenministerium gewesen war (dazu 1.2.1.1.4), ferner eine Presseabteilung (*xinwensi* [9]), eine „Konsularabteilung“ (*lingshisi* [10]) und rund ein Dutzend „Hauptabteilungen“ für Länder oder Ländergruppierungen, z.B. die „Hauptabteilung für Westeuropa“

(*xi'ousi* [11]) oder, bis 1991, die „Hauptabteilung für die Sowjetunion und Osteuropa“ (*su'ousi* [12]).

Zum „außenpolitischen Personal“ (*waijiao ren yuan* [13]) gehören der Außenminister, der „Amtierende Außenminister“ (*daili waizhang* [14]), eine Reihe von Stellvertretenden Außenministern (*fuwaizhang* [15]), „Assistierende Außenminister“ (*waijiao buzhang zhuli* [16]), ferner der „Sprecher des Außenministeriums“ (*waijiaobu fayanren* [17]), der in China de facto als Regierungssprecher auftritt und seine Konferenzen seit 1997 nur noch in chinesisch abhält, ferner Dutzende von Botschaftern (*dashi* [18]), Geschäftsträgern (*daiban* [19]), *Chargés d'affaires ad interim* (*linshi daiban* [20]), „Botschaftsräte“ (*canzan* [21]), Handels-, Kultur- und Presse-„Attachés“ (*zhuan-yuan* [22]), Militärattachés (*wuguan* [23]), „Generalkonsuln“ (*zonglingshi* [24]) und Konsuln (*lingshi* [25]) – um hier nur die wichtigsten Amtsträger zu nennen.

All diese Diplomaten sind in der Regel Berufsbeamte und folgen, was ihre Ränge anbelangt, den im Westen seit dem frühen 19. Jh. üblichen Einteilungskategorien.

Auch bei den Aufgaben gibt es keine allzu großen Unterschiede zu den westlichen Kollegen: Sie erfüllen die drei klassischen Obliegenheiten eines Diplomaten, nämlich Berichten – Repräsentieren – Verhandeln, wobei das Verhandeln, im Gefolge einer immer intensiver werdenden Reisetätigkeit der Spitzenpolitiker, mehr und mehr in den Hintergrund tritt.

Lediglich in zwei Belangen kommt chinesischen Diplomaten eine Sonderfunktion zu: erstens hatten sie seit dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 die Aufgabe, sich darum zu bemühen, die im Ausland studierenden jungen Chinesen wieder an den „Ruf des Vaterlands“ zu erinnern.⁶ Sie sollten in die Heimat zurückkehren und sich dort in den Dienst des Volks stellen. Von den etwa 150.000 Auslandsstudenten, die zwischen 1978 und 1989 in Europa, Nordamerika, Australien und Japan studiert hatten, waren bis 1992 ja lediglich rund 30% wieder zu Hause aufgetaucht.⁷

Eine zweite, weitaus peinlichere Angelegenheit besteht in dem Auftrag, den Medien des Gastlands ins Gewissen zu reden, wenn sie – wieder einmal – negativ über China berichten.

Als die BBC beispielsweise am 26.12.93 anlässlich des 100. Geburtstags des „Vorsitzenden Mao Zedong“ eine Dokumentationsendung mit dem Titel „Chairman Mao – The Last Emperor“ ausstrahlte, die mit einem längeren Interview des früheren Leibarztes Maos, Dr. Li Zhisui, garniert war, in dem der Vorsitzende zahlreicher Sex-Eskapaden mit jungen Mädchen beschuldigt wurde, reagierte Beijing und die chinesische Botschaft in London mit heftigen Ausfällen. Schon im Vorfeld hatte die Botschaft versucht, die Ausstrahlung des Films durch Interventionen bei der Regierung in London zu verhindern, hatte sich dabei allerdings mit dem Einwand abspesen lassen müssen, daß die BBC eine unabhängige Anstalt sei, in die weder das Parlament noch das Kabinett „hineinregieren“ könne.

Auch Sendungen von US-Anstalten, in denen der frühere Dissident Harry Wu die chinesischen Behörden des

⁴Dazu C.a., 1998/5, S.505-512.

⁵Dazu C.a., 1998/6, S.614.

⁶So RMRB, 19.3.92.

⁷XNA, 14.3.92.

Botschaften in den westlichen Ländern Militärkontrolle ausüben zu können: Zumindest brachte die „Abteilung II des Generalstabs“ diesen Vorschlag in die Diskussion. Danach wären nicht nur Diplomaten, sondern sogar Köche und Chauffeure der Botschaften nicht mehr dem Außenministerium, sondern dem Militär verantwortlich gewesen.¹³ Gegen Vorschläge dieser Art hatte sich allerdings kein Geringerer als Deng Xiaoping gewandt, der es für abwegig, ja schädlich hielt, normale Botschaften in „Spionagebasen des Militärs“ zu verwandeln. Die „Arroganz des Militärs“ habe damals einen Dämpfer erhalten, meinten interne Kritiker des Militärs.¹⁴

△ Drittens aber scheinen außenpolitische Fragen heutzutage so wenig Eigengewicht zu besitzen, daß ihretwegen keine personellen Opfer mehr gebracht werden und daß Machtkämpfe in den Spitzengremien umgekehrt kaum noch Einfluß auf das chinesische Außenverhalten ausüben.

Wie sehr dieser Primat der Innenpolitik nach wie vor dominierend ist, zeigte sich nicht zuletzt beim XV. Parteitag vom September 1997, als es, wieder einmal, zum Machtkampf zwischen zwei Seilschaften, nämlich zwischen der Jiang-Zemin- und der Qiao-Shi-Gruppe, gekommen war, wobei jedermann wußte, daß der damals noch amtierende Außenminister Qian Qichen sich der Qiao-Fraktion zugehörig fühlte.

Obwohl es nach einem innerparteilichen Hauen und Stechen im Badeort Beidaihe, wohin sich das Führungszentrum Sommer für Sommer zu verlagern pflegt, am Ende zu einer Entscheidung für Jiang und gegen Qiao gekommen war, hatte dies auf die Außenpolitik – und auf Qian Qichen – nur marginale Auswirkungen: Zwar nahm Qian wenige Monate später seinen Hut als Außenminister, doch wurde er beim XV. Parteitag erneut ins Politbüro gewählt, und auch an der Außenpolitik gab es keine Kurskorrektur.

Anders als in kleineren Ländern, wie in Taiwan und Malaysia oder aber – auf Europa übertragen – wie in den Niederlanden oder Dänemark, spielt sich Außenpolitik in der VR China also eher auf einem Nebenfeld ab.

4.2.3

Die halboffiziellen Brückenorgane im außenpolitischen Prozeß

Eine außenpolitische Begleitfunktion, sei es nun als Multiplikatoren oder als Vermittler personeller Kontakte, haben jahrzehntelang auch jene „Vereinigungen“, „Institute“ und „Freundschaftsgremien“ wahrgenommen, die den parteilichen sowie den staatlichen Organen als „Augen und Mänder“ zugeordnet sind – angefangen vom CCPIT über die ITICs bis hin zu den Freundschaftsgesellschaften.

Der CCPIT (China Council for the Promotion of International Trade, *Zhongguo guoji maoyi cujin weiyuanhui* [26]) fungierte hierbei als eine Art „Reichshandelskammer“, schlichtete Außenhandelsstreitigkeiten und registrierte ausländische Warenzeichen.

Die CITIC (Central International Trust and Investment Corporation, *Guoji xintuo touzi gongsi* [27]) sowie die parallel dazu auf Provinzebene angesiedelten ITICs bahnten vor allem ausländischen Investitionen den Weg.

Lange Zeit spielte auch das „Volksinstitut für auswärtige Angelegenheiten“ (*Zhongguo renmin waijiao xuehui* [28]) eine Begleitrolle bei der Betreuung „wichtiger Persönlichkeiten“, die einerseits nicht auf Regierungsebene empfangen wurden (werden konnten), die für das staatliche Reisebüro *Lüxingshe* [29] andererseits aber zu hochrangig gewesen wären, z.B. für Parlamentarier oder Parteimitglieder. Im Gegensatz zu seinem Namen betrieb das „Institut“ keine Forschung, sondern, wie gesagt, ausschließlich Betreuung.

In maoistischer Zeit haben auch „Solidaritätskomitees“ noch eine bedeutsame Rolle gespielt, doch ist ihr Stellenwert im Zeichen der reformerischen Außenpolitik gegen Null gesunken.

Daneben gibt es zahlreiche (während der Kulturrevolution abgeschaffte, 1978 aber neu belebte) Massenorganisationen, die mit ausländischen Partnern Kontakte wahrnehmen (z.B. den Gewerkschaftsbund, die Frauenvereinigung, die Jugendvereinigung oder die Studentenvereinigung) sowie eine fast unüberschaubare Zahl von „Instituten“ (*yanjiusuo* [30]), die sich z.B. mit „Südasiastudien“, mit „Japanstudien“, mit „Westasiatischen und (!) Afrikanischen Studien“, mit Zentralasien oder aber z.B. mit Deutschland befassen. Unter anderem gibt es die „Chinesische Gesellschaft für das Studium der deutschen Geschichte“ (*Zhongguo deguo shi yanjiuhui* [31]). Auslandskontakte nehmen darüber hinaus die Universitäten und nicht zuletzt die beiden großen Akademien für Natur- und Sozialwissenschaften wahr, die sowohl beim Zentrum als auch in den einzelnen Provinzen angesiedelt sind und deren Aufgabe es ist, vor allem den Wissenstransfer nach China – und auf die Mühlen der chinesischen Modernisierung – nicht abreißen zu lassen.

Eine eigene „Außenpolitik“ betreiben, wie unten noch näher zu erläutern, auch einzelne Provinzen (obwohl sie dazu de lege eigentlich gar nicht befugt sind) sowie die „Volksbefreiungsarmee“. Auch religiöse Organisationen werden „außenpolitisch“ tätig; legal ist dieses Vorgehen allerdings nur dann, wenn solche Verbindungen über die offiziell dafür vorgesehenen Massenorganisationen hergestellt werden, z.B. über das „Komitee der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung“ (*'San zi' aiguo yundong weiyuanhui* [32]) der protestantischen Kirchen Chinas, über die „Patriotische Vereinigung der chinesischen Katholiken“ (*Tianzhujiao aiguo hui* [33]) oder über die „Islamische Vereinigung“ – um hier nur einige Beispiele zu nennen. Soweit allerdings Untergrundkirchen aktiv werden möchten, so z.B. die papsttreuen chinesischen Katholiken, stoßen sie schnell auf polizeiliche Gegenmaßnahmen.

Die Freundschaftsgesellschaften schließlich waren Organisationen, die noch auf sowjetisches Vorbild zurückgingen und die unter dem Dachverband der 1954 gegründeten „Gesellschaft des chinesischen Volkes für die Freundschaft mit anderen Ländern“ (*Zhongguo renmin duiwai youhao xiehui* [34]) vereinigt waren – und sind.

Zwischen 1954 und 1988 hat die „Gesellschaft“ Kooperationsbeziehungen mit 364 inoffiziellen Organisationen in 115 Ländern aufnehmen können. Zusätzlich haben, unter Mithilfe der *xiehui*, 821 chinesische Städte mit anderen

¹³ZM, ebd.

¹⁴Ebd.

Stadtkommunen in aller Welt Partnerschaftsverhältnisse begründet.¹⁵

Auch mit Deutschland hatte sich in den Jahren bis zur „Tiananmen-Affäre“ eine buntgescheckte „Partnerschaftsdiplomatie“ angebahnt, die am 8.10.82 mit der Verbindung Wuhan/Duisburg begann und am 25.8.88 mit dem kommunalen Bündnis zwischen Yichun und Bad Wildungen zuende ging. „Nach Tiananmen“ ist es nur noch zu zwei weiteren kommunalen Koppelungen gekommen, nämlich zwischen Xi'an und Dortmund (22.7.92) sowie zu einer Hafenpartnerschaft zwischen Qingdao und Wilhelmshaven. Alles in allem gab es damit 16 kommunale Partnerschaften, die durch 8 Provinz-/Bundesländerpartnerschaften ergänzt wurden, welche zwischen 1984 und Mai 1989 zustande kamen.

Verglichen mit der Fülle deutsch-französischer Partnerschaften, deren Zahl bei rund 1.400 liegt, fallen diese 24 Verbindungen zwar kaum ins Gewicht – und es dürfte, nach „Tiananmen“, auch wieder geraume Zeit dauern, ehe der Faden von ehemals neu aufgenommen wird; immerhin aber wurde in den 80er Jahren ein Grundstein gelegt, auf dessen Basis zahllose *guanxi* geknüpft werden konnten: Vor allem waren es Wirtschafts- und Technikmesen, Handelsabsprachen, Fachvorträge und der Austausch von Fernsehprogrammen, die im Rahmen der „Partnerschaften“ hatten gedeihen können und die von Kooperationsabmachungen im Sportbereich, beim Umweltschutz und in anderen gemeinsamen Belangen flankiert waren. Stets pflegte die chinesische Partnerschaftspolitik ja einem Äquivalenzschema zu folgen: Hauptstädte sollten sich mit Hauptstädten, Bergwerksstädte mit Bergwerksstädten und Hauptverlagsorte mit Hauptverlagsorten verbinden. Ganz auf dieser Linie kam es zu Partnerschaften zwischen Duisburg und Wuhan (Stahlstandorte), zwischen Hamburg und Shanghai (Hafenstädte) oder aber zwischen Berlin und Beijing (abgeschlossen allerdings noch zu DDR-Zeiten). Schwieriger waren Äquivalenzen dieser Art freilich beim Verhältnis zwischen Dortmund und Xi'an, zwischen den Landkreisen Freising und Weifang oder aber zwischen Sprockhoevel und Caochang auszumachen.

Seit der „Öffnung“ (*kaifang* [35]) Chinas nach 1979, nicht zuletzt auch seit der Normalisierung der Beziehungen zu den „kapitalistischen Ländern“ sind Institutionen der oben genannten Art in Gefahr geraten, ihr ursprüngliches Profil zu verlieren und von Betrieben, Gemeinden sowie Einzelpersonen überrundet oder durch Privatinitiativen marginalisiert zu werden.

Um hier nicht völlig ins Abseits zu geraten, hat sich vor allem die „Freundschaftsgesellschaft“ mittlerweile einen Ruck gegeben und bei ihrem 7. Kongreß im Mai 1998 beschlossen, neue Wege und Modalitäten der sogenannten „inoffiziellen Diplomatie“ zu beschreiten.¹⁶ Ebenso wie das „ZK-Außenministerium“ will auch die „Gesellschaft“ künftig keine ideologischen Mauern mehr zwischen sich und potentiellen ausländischen Partnern gelten lassen. Ziel der „inoffiziellen Diplomatie“ muß es vielmehr sein, Beziehungen nach allen Seiten zu knüpfen, um Vertrauen für China zu werben und auf diese Weise der staatlichen Diplomatie unter die Arme zu greifen. Ganz auf dieser Linie soll

„inoffizielle“ (vielleicht sollte man besser sagen: „halboffizielle“) Diplomatie nach den Vorstellungen Zhu Rongjis und Qian Qichens in Zukunft nicht etwa eingeschränkt (und schon gar nicht durch „Privatisierung“ ersetzt), sondern ganz im Gegenteil in ihrem Wirkungsbereich noch erweitert werden.¹⁷

4.2.4

Der Einfluß des Militärs auf außenpolitische Entscheidungen

4.2.4.1

Das politische Gewicht der VBA

Wann immer das Militär ins Spiel kommt, tauchen augenblicklich Komplikationen – und Fragen zu seinem politischen Gewicht, seinem tatsächlichen Einfluß und zu Gewichtungskriterien – auf. Dies gilt nicht zuletzt auch im außenpolitischen Zusammenhang.

Die Schwierigkeiten beginnen damit, daß die Stellung des Militärs im politischen System des Reichs der Mitte durch zwei extreme Positionen gekennzeichnet ist, nämlich einerseits durch die traditionelle Auffassung, derzufolge der Soldat (fast) nichts, und andererseits durch die maoistische Vorstellung, daß das Militär (in Gestalt der „Volksbefreiungsarmee“) fast alles bedeute.

Sollte die „staatliche Ordnung“ (*zhiguo* [36]) nach *konfuzianischer* Auffassung keinesfalls durch Soldaten, sondern durch wechselseitiges Vertrauen (*xin* [37]) zwischen Führung und Volk gewährleistet werden, so hat sich im Verlauf der sinokommunistischen Revolution die ganz entgegengesetzte Auffassung herausgebildet, daß die „Macht aus den Gewehrläufen kommt“ und daß es „nichts für das Volk gibt, wenn es keine Volksarmee gibt“ (*mei you yi ge renmin de jundui, bian mei you renmin de yiqie* [38]). Allerdings dürfe sich die VBA niemals verselbständigen, sondern müsse stets dem Dienst am Volk, dem Befreiungsziel und der KP-Führung verpflichtet bleiben.

Anderswo legen sich Staaten eine Armee zu; in den Anfangsjahren der Volksrepublik dagegen war es gerade umgekehrt, und auch in späteren Jahren, vor allem im Verlauf von Systemkrisen, sei es nun während des „Großen Sprungs“ oder aber während der Kulturrevolution, griff die Armee immer wieder wie ein *deus ex machina* in den Gesellschaftsprozeß ein. Während der Kulturrevolution kam sie, wie es offiziell hieß, „den Arbeitern, den Bauern und den Linken“ zur Hilfe, indem sie „militärische Ausbildung“ sowie „militärische Kontrolle“ leistete; man nannte dies *san zhi liang jun* [39], wörtl.: „dreifache Unterstützung, zweifache militärische (Dienstleistung)“. In solchen Interventionsperioden tauchte immer wieder die Gefahr einer Militärdiktatur auf und pflegte dann zeitweise wie ein Damoklesschwert über dem politischen System zu schweben.

Kein Wunder, daß die Reformer von Anfang an darum bemüht waren, Gefahren dieser Art zu entschärfen, indem sie einerseits den politischen Einfluß der VBA (vor allem im Sinne des „3-2-Systems“) zu beschneiden und außerdem einen Kurs verstärkter „Professionalisierung“ herbeizuführen versuchten.

¹⁵XNA, 18.5.98.

¹⁶Näheres dazu C.a., 1998/8, Ü 1.

¹⁷So Zhu und Qian beim 7. Kongreß der *xiehui* vom 20.-22.5.1998, XNA, 22.5.98.

Diese Politik war im großen und ganzen erfolgreich: Zwar nahm der politische Einfluß der VBA nach der „Tiananmen“-Systemkrise von 1989 vorübergehend wieder zu, doch wirkte sich dies weder auf den Verteidigungshaushalt noch auf die Außenpolitik aus:

Was die Verteidigungsausgaben anbelangt, so lagen sie in den Jahren des Koreakriegs, d.h. zwischen 1950 und 1953, weitaus am höchsten in der bisherigen VRCh-Geschichte und erreichten damals nicht weniger als 37,8% des Staatshaushalts. Seither aber ist ein stetiger Rückgang zu verzeichnen: Lagen sie während der gesamten Ära Mao Zedong (1950-1967) noch bei 21,5%, so gingen sie in der Ära Deng Xiaoping (1978-1997) auf 11% zurück – und dies bei weiter abnehmender Tendenz.¹⁸

Typisch die Argumentation, derer sich Außenminister Qian Qichen zu diesem Thema befeißigte.¹⁹ Zwar habe China 1995 gegenüber dem Vorjahr die Militärausgaben um 14% gesteigert, doch sei gleichzeitig eine Inflationsrate von (damals!) 15% wegzustecken gewesen, so daß bei den Militärausgaben von einem Nullwachstum gesprochen werden könne. Zur gleichen Zeit hätten sich die Verteidigungsausgaben der USA auf 370 Mrd. US\$ (1993) belaufen – die etwa zwanzigfache Summe der entsprechenden chinesischen Ausgaben! Offen ließ Qian in diesem Zusammenhang allerdings die Frage, was genau unter „Militärausgaben“ zu verstehen sei.²⁰

4.2.4.2

Grenzen der Einflußnahme auf außenpolitische Entscheidungen

1994 hatte Deng Xiaoping höchstpersönlich eine Trennung zwischen Partei- und Staatsfunktionen (*dang zheng fenkai* [40]) gefordert – und damit unausgesprochen auch dem Einfluß des Militärs Grenzen aufzeigen wollen.

Dieses Postulat kann nur vor dem Hintergrund der in Jahrzehnten eingerissenen Verwischungs- und Verschleifungspraxis verstanden werden, an deren Habitualisierung auch die VBA kräftig mitgewirkt hatte und die unter Begriffen bekanntgeworden war wie „Vereinheitlichung von Partei und Regierung“ (*dang zheng yitihua* [41]), „Überlappung von Amtsfunktionen“ (*jiaocha jianzhi* [42]) oder „Auftreten einer Person unter zwei Firmenschildern“ (*liang kuai paizi, yi tao renma* [43], wörtl. „zwei Stück Schilder, eine Portion (ein Satz) Mensch“).

Die vor allem unter Mao Zedong (aber auch schon in der Tradition) geduldete Praxis einer „regierenden Partei“ (*zhizheng dang* [44]) sowie einer mitregierenden Armee hat im „Arbeitsstil“ der VR China tiefe Spuren hinterlassen, die nicht so schnell zu tilgen sind.

Gleichwohl wachsen die Bäume der VBA schon längst nicht mehr in den Himmel. Zum einen nämlich wirkt sich die Diffusionspraxis immer häufiger gegen die VBA aus, insofern nämlich die nach wie vor fortbestehende Personalunion zwischen den drei höchsten Ämtern in Partei, Staat und Militär (Jiang Zemin!) dazu führt, daß Vorgaben des Militärs tendenziell zugunsten der Wirtschaft verwässert werden, zum anderen kann sich nirgends mehr

eine eindeutige außenpolitische Linie „der“ VBA herausbilden. Im einzelnen:

4.2.4.2.1

Personalunion von Partei- und Militärvorsitz

Hatte sich die Personalunion von KP- und VBA-Vorsitz in den frühen Jahren der Volksrepublik noch zugunsten des Militärs ausgewirkt (beide Positionen waren damals von Mao Zedong besetzt), so ist heutzutage eher das Gegenteil der Fall: Vorsitzender des ZK-Militärausschusses, also der obersten militärischen Führungsinstanz der VRCh, ist seit April 1990 nämlich ein „echter Zivilist“, Jiang Zemin, der überdies zehn Monate vorher, d.h. im Anschluß an das Tiananmen-Massaker, zum ZK-Generalsekretär ernannt worden war und der außerdem drei Jahre später, nämlich 1993, auch zum Staatspräsidenten aufrückte.

Jiangs Qualifikation für diese drei höchsten in der Volksrepublik zu vergebenden Ämter scheint sich daraus ergeben zu haben, daß er die wenigsten Feinde hatte, daß er ferner (auch international) einigermaßen „repräsentabel“ war und daß er in den kritischen Mai/Juni-Tagen von 1989 – als damaliger Vorsitzender des Shanghai-Parteiausschusses – eine reine Weste behalten hatte: gegen demonstrierende Studenten war damals in der Yangzi-Metropole kein einziger Schuß abgefeuert worden!

Einmal in Amt und Würden brachte er es überdies fertig, Offiziere mit blutbefleckten Händen, wie beispielsweise den obersten Politruk der Armee, Yang Baibing, auf subtile Weise abzuhaltern und an ihre Stelle Generäle eigener Wahl zu setzen. Dies war vor allem im Juni 1994 der Fall, als Jiang 19 neuernannten Generälen höchstpersönlich die Diplome überreichte. Fortan konnte er mit der Loyalität fast des halben Corps der (bis dahin insgesamt 42) VBA-Generäle rechnen.²¹ Da zu den Aufsteigern hauptsächlich solche Offiziere gehörten, die sich nach ihrem bisherigen Profil mehr für militärische als für politische Fragen interessierten, und da Jiang, wie erwähnt, als „Doppelfunktionär“ den militärischen Einfluß erheblich zurückzuschrauben wußte, begann der Einfluß der VBA auf außenpolitische Angelegenheiten nachzulassen, wengleich er auch jetzt noch keineswegs ganz an Bedeutung verlor.

4.2.4.2.2

Es gibt keinen (in sich geschlossenen) MIK und keine (kohärente) „militärische Außenpolitik“

„Die“ VBA war im Verlauf ihrer Geschichte noch nie eine bruchlose Einheit gewesen – und ist es heute weniger denn je! Nach zwei reformerischen Jahrzehnten erscheint sie bisweilen wie ein Tummelfeld von Subsystemen, die manchmal mit-, meist aber gegeneinander agieren und die sogar in Krisensituationen wie der Tiananmen-Affäre an gegensätzlichen Enden des Taus ziehen: man vergesse nicht, daß die in Beijing stationierten VBA-Einheiten sich in den kritischen Momenten der Monate Mai und Juni 1989 beharrlich geweigert haben, auf die Bevölkerung zu schießen, und daß das Gemetzel auswärtigen Einheiten vorbehalten blieb, die in wochenlangen Sondertransporten herangekarrt worden waren.

¹⁸Zum Zwischenstand vergl. C.a., 1993/6, S.571-577.

¹⁹Bei einer Pressekonferenz im März 1995, C.a., 1995/4, Ü 8.

²⁰Dazu C.a., 1995/4, Ü 8.

²¹C.a., 1994/6, Ü 11.

Zumindest im Hinblick auf außenpolitische Entscheidungen darf man davon ausgehen, daß es *die* Armee, *den* MIK (militärisch-industriellen Komplex) und *die* VBA-Außenpolitik nicht (mehr) gibt.

Die klassische westliche MIK-Theorie geht bekanntlich davon aus, daß zu diesem „Komplex“ eine Elite aus Offizieren, Rüstungsindustrievertretern, Forschungsinstituten und einflußreichen Beamten gehört, die als ideologisch und personell geschlossene „Druckgruppe“ agieren kann und die in der Lage ist, auch der staatlichen Außenpolitik die Richtung vorzugeben.

In China gehören solche Qualifikationen längst der Vergangenheit an: Mag die VBA im Bürgerkrieg durchaus noch als geschlossene „Parteiarmee“ oder „Armeeartei“ zutagegetreten sein, so war es mit dieser Einheitlichkeit spätestens seit dem Koreakrieg vorbei.

Heutzutage mag es zwar viele MIKs geben, nicht aber *den* MIK!

Vier Konflikt- (und Partikularisierungs-)Linien sind es vor allem, die sich quer durch die VBA ziehen:

△ Da ist erstens die Rivalität der *Loyalitätsgruppen*, deren unterschiedliche Interessen sich aus eher zufälligen Gemeinsamkeiten (gleiche Armee-Einheit, gleiche Landsmannschaft) herausentwickelt haben: Früher waren es vor allem die Seilschaftskonflikte zwischen den vier „Feldarmeesystemen“ (*lujun* [45]) sowie die Generationskonflikte zwischen „alten“ und „neuen“ Kadern gewesen, die für permanente Zerreißproben gesorgt hatten.

Heutzutage verlaufen die Konfliktlinien eher zwischen regionalen und zentralen, zwischen politischen und „professionalistischen“ sowie zwischen partikulär-wirtschaftlichen und gesamt-militärischen Interessen.

Regionalistische Sonderinteressen sind vor allem durch den Aufbau von *shengjunqu* [46] („Provinzmilitärregionen“) und *dajunqu* [47] („Großmilitärregionen“, ursprünglich 11, später 7) heraufbeschworen worden. In vielen dieser Regionen hat sich daraufhin eine regelrechte „Bergfestungsmentalität“ (*shantou zhuyi* [48]) sowie ein weitverbreiteter „lokaler Protektionismus“ (*difang baohu zhuyi* [49]) herausentwickelt, der bisweilen Assoziationen an die Aufspaltung Chinas in Warlord-Bereiche aufkommen läßt, wie sie noch in den 20er und 30er Jahren an der Tagesordnung gewesen waren.

Seit 1997/98 gibt es Bestrebungen, die sieben „Militärregionen“ sowie die „Drei Allgemeinen Abteilungen“ (Generalstab, Polit- und Logistik-Abteilung) abzuschaffen und die VBA durch Einführung des amerikanischen „Joint Staff System“ wieder politisch zu vereinheitlichen sowie organisatorisch zu straffen.²²

Selbst wenn diese Vereinheitlichungsreform eines Tages gelingen sollte, dürften die alten regionalistischen Partikulärverbindungen erfahrungsgemäß doch noch lange weiterbestehen!

△ Eine zweite Konfliktlinie verläuft zwischen Volkskriegsapologeten und „Professionalisten“. Das Dilemma, das sie trennt, geht auf existenziell unterschiedliche Erfahrungen im Koreakrieg (1950-53) zurück:

Während der erste Oberbefehlshaber der damals entsandten „Volksfreiwilligen“, Lin Biao, noch glimpflich davongekommen war und deshalb ohne wesentliche Abstri-

che am überkommenen „Hirse-und-Gewehr-Konzept“ der Volkskriegszeit festhalten konnte, hatte sein Nachfolger, Peng Dehuai, der erleben mußte, wie Hunderttausende seiner Soldaten von einem waffentechnisch überlegenen Gegner einfach niedergemäht wurden, radikal andere Schlüsse ziehen müssen und gehörte fortan zu den Verfechtern der „Stahl-und-Eisen-Strategie“.

Damals, in den 50er Jahren, fanden Auseinandersetzungen dieser Art noch zwischen Repräsentanten der alten Volkskriegsarmee statt, die in der neu ausgerufenen Volksrepublik seit 1949 politische Spitzenfunktionen übernommen hatten, sei es nun in Uniform oder aber in Zivil, und denen es ganz gewiß nicht in den Sinn gekommen wäre, Militärisches und Ziviles voneinander zu trennen.

Seit Beginn der Reformen im Jahre 1978 jedoch haben junge Offiziere Kommandoposten übernommen, die den Langen Marsch und das Koreatrauma nur noch aus Schulbüchern kennen und für die eine „professionalistische“ Ausrichtung fast schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Erst nach den Tiananmen-Ereignissen haben sich die Vertreter dieser neuen Generation wieder mit „Volkskriegs“-Argumenten herumschlagen müssen, wie sie von den Yang-Brüdern vertreten wurden, auf deren Konto das Massaker ja hauptsächlich gegangen war.²³ Bei den meisten Vertretern der jungen Offiziersgeneration stießen solche Rückbezüge, bei denen die protestierenden Studenten übrigens als „Feinde“ eingestuft wurden, auf Widerstand, wenn nicht auf Widerwillen. Weitaus mehr als für alt-ideologische Positionen interessiert sich die neue Offiziersgeneration überdies für „dreidimensionale Kriegsführung“, für „computerisierte Gefechtssimulation“, für die Ausbildung „schneller Eingreiftruppen“ sowie für die Nachrüstung der Marine, vor allem aber für den Bau von Flugzeugträgern. „Hirse und Gewehr“ oder „Kampf gegen Klassenfeinde“ – was für altersgraue Reminiszenzen, auf die man im Politunterricht allzu gerne verzichten würde!

△ Drittens haben die überall aus dem Boden schießenden Militärkonzerne viele einstige „Waffenbrüder“ längst zu Industriekonkurrenten werden lassen. Zwar soll die VBA nach maoistischen Vorstellungen drei Funktionen erfüllen, nämlich kämpfen, politisch erziehen und produzieren. Doch sind Produktion – und Kommerzialisierung – bei vielen Einheiten mittlerweile so weit ins Kraut geschossen, daß die beiden anderen Aufgaben nur noch ein Schattendasein führen.

Fast jede Armeegruppierung und jede (frühere oder jetzige) Spitzengliederung unterhält eigene Konzerne – der Generalstab beispielsweise die „Poly“ (*baoli*)-Gruppe, die Logistische Hauptabteilung den Xinxing-Konzern und das Oberste Politikommissariat die Carrie (*kaili*)-Gruppe.²⁴ Die „VBA“ ist hier streckenweise zur „GmbH“, der „Volkskrieg“ zum „Wettbewerbskrieg“ und der Kampf für das (ganze) Volk zum Einsatz für den (partikulären) Konzern geworden. Die Kommerzialisierung führt zu Gewinndenken, ja streckenweise zu Korruption, Schmutz und zum Entlangschrammen „am Rande des Gesetzes“, zur Verlagerung der Produktion weg von Militär- und hin zu (gewinnbringenden) „Zivilprodukten“ sowie am Ende zu einer außenwirtschaftlichen Denkweise, die

²³Dazu C.a., 1995/9, S.803.

²⁴Ausführl. dazu C.a., 1995/7, S.607-618.

²²C.a., 1998/2, Ü 4.

den (vom Außenministerium mitdefinierten) Richtlinien offiziellen Außenverhaltens z.T. diametral entgegensteht: Kein Wunder, daß es immer wieder zum Schlagabtausch zwischen Außenministerium und militärischen Konzernen kommt und daß vor allem die linke Hand oft nicht weiß, was die rechte tut:

So trat China beispielsweise unter der Regie des Außenministeriums dem Atomwaffensperrvertrag, dem MTCR (Missile Technology Control Regime) und dem weltweiten Abkommen über das Verbot von C-Waffen bei; auf der anderen Seite aber kam es, und zwar unter militärischer Regie, immer wieder zu unterirdischen Atomwaffenversuchen, zur Lieferung von Nukleartechnologie und von Raketenteilen an obskure Empfänger (Pakistan, Iran, Libyen), die das Außenministerium in immer neue Verlegenheit stürzten – und es zu unglaublichen Dementis veranlaßten.

Mitte 1994 hatte sich der damalige Außenminister Qian Qichen sogar mit Vorwürfen angeblicher „Rechtsabweichung“ auseinanderzusetzen, die aus der militärischen Ecke kamen: Qian habe sich im Hinblick auf Waffenlieferungen und Rüstungsmaßnahmen der VRCh zu sehr von Washington unter Druck setzen lassen, hieß es.²⁵

△ Als vierte Partikularisierungsquelle sollte hier noch die Entstehung neuer Seilschaftsmuster erwähnt werden, die aus „Sekretärs“, „Prinzen“ und „Hochschulcliquen“ hervorgehen. An die Stelle der alten Feldarmeeverbindungen sind in reformerischer Zeit neue Anknüpfungspunkte für *guanxiwang* [50] („Beziehungsnetz“) getreten, sei es nun, daß sich *mishubang* [51] („Cliquen der persönlichen Sekretäre“), die einst einem Militärveteranen gedient haben, oder sei es, daß sich *taizidang* [52] („Parteien der Prinzen“: also der Kinder höherer Kader), herausbilden. Am verbreitetsten ist inzwischen die Hochschulclique, die an altvertraute Muster der mandarinären Praxis anknüpft und deren Hauptvertreter inzwischen aus bestimmten Eliteanstalten kommen, vornehmlich der Beijinger Qinghua-Universität, die im XIV. ZK mit nicht weniger als 21 Mitgliedern vertreten war, gefolgt von der Beijinger Volksuniversität (6), der Zentralen Parteischule (5) und der Beida (5).²⁶ Noch weitaus eindrucksvoller als diese vier „zivilen“ Hochschulen hat sich inzwischen freilich die „Universität für Landesverteidigung“ (*guofang daxue* [53]) zum Schnellen Brüder für Seilschaften entwickelt. Hier beginnt sich ein Corpsgeist herauszuentwickeln, der eher das Gegenüber als das Miteinander in der VBA fördert und der übrigens so alt ist wie das Reich der Mitte!

Auch wenn das Militär in den einzelnen ZKs, wie sie seit Beginn der Reformzeit gewählt wurden, zahlenmäßig noch allemal die zweit- oder drittstärkste Gruppe stellen konnte, ist sein Einfluß insgesamt doch wesentlich schwächer, als es diese Anteilswerte auf Anhieb vermuten ließen: Vor allem dürfen die einzelnen, von Militärangehörigen besetzten Posten nicht einfach nur addiert und zu der simplen Behauptung „verquirlt“ werden, daß die VBA „ein Viertel der Macht“ in China besitze. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß schon zur Zeit der alten Feldarmeesysteme einzelne Seilschaften einander nicht nur bekämpften, sondern z.T. sogar physisch dezimiert ha-

ben – man denke an den Fall Lin Biao! Solche Divergenzen und Konflikte bestehen auch heute noch weiter, selbst wenn die konkreten Personen und Themen inzwischen einen Generationswechsel durchlaufen haben. Damit aber kann auch die altbewährte These beibehalten werden, daß ganze Machtpotentiale im Gefolge von Reibungsverlusten brachliegen.

Auch wenn die Jiang-Zemin-Führung immer wieder versucht, wenigstens Teile der oben erwähnten vier Konflikte zu bereinigen, zeichnet sich doch langfristig ein Trend zur Schwächung „des“ Militärs in seiner Eigenschaft als Mitentscheidungsträger ab, der durchaus im Einklang mit den Mustern der chinesischen Tradition steht.

Alles in allem bleibt festzuhalten, daß eine als solche identifizierbare „militärische“ Außenpolitik spätestens seit Beginn des Reformzeitalters nahezu unmöglich geworden ist, zumal die VBA-Vertreter in den politischen Instanzen längst auch den Gesetzmäßigkeiten wachsender Interdependenz unterliegen, sich also in aller Regel vor jene Gruppen- oder Konzerninteressen stellen, wie sie von „ihren“ Stammeinheiten vertreten werden.

4.2.4.3

Wie weit geht die militäreigene Außenpolitik?

Wenn die VBA, wie gerade festgestellt, auch keine *eigene* Außenpolitik gestalten kann, so zeigt sie doch in allen sicherheitsrelevanten Fragen Präsenz – und fährt da und dort auch die Ellenbogen aus, wenn es gilt, „ureigenste“ Angelegenheiten zu vertreten.

Reste dieser „militärischen Außenpolitik“ zeigen sich vor allem in drei Aspekten, nämlich in einer üppigen Delegationendiplomatie, in Waffengeschäften und bei der Mitwirkung in sicherheitsrelevanten Fragen. Im einzelnen:

- Allein 1997 hatte die VBA über 150 Delegationen aus 67 Ländern aller fünf Kontinente zu Besuch nach China eingeladen, darunter 23 Verteidigungsminister. Gleichzeitig reisten rund 100 VBA-Delegationen in 70 Länder. Es liegt auf der Hand, daß angesichts einer solchen Häufung diplomatischer Kontakte die Grenzen zwischen militärischen und außenpolitischen Belangen nicht immer klar gewahrt bleiben.
- Zweitens betreibt die VBA in schwungvollem Stil Außenwirtschaftspolitik und beteiligt sich u.a. auch am internationalen Waffenhandel, der vor allem aus amerikanischer Sicht z.T. unakzeptabel ist, weil er erstens auch „sensible Waffen“ (wie Raketen, Nukleartechnologie und Hightechprodukte) umfaßt und weil mit diesen militärischen Gütern darüber hinaus Staaten beliefert werden, denen aus westlicher Sicht nicht zu trauen ist, seien es nun Libyen und Syrien oder aber Irak und Iran.²⁷

Besonders profitiert vom spezifischen Außenhandel der VBA hat offensichtlich Pakistan, das z.B. aus dem Stand heraus in der Lage war, die indischen Atombombentests vom Mai 1998 schon wenige Wochen später mit einer Serie eigener unterirdischer Testexplosionen zu beantworten und überdies Raketen zur Schau zu stellen, mit denen die Nuklearmuni-

²⁵Dazu C.a., 1995/7, S.618 m.N.

²⁶Ebd., S.806 m.N.

²⁷C.a., 1993/7, Ü 4.

tion im Ernstfall auch verschossen werden könnte.²⁸ Ganz gewiß kein Zufall war es, daß China gegen eine Verurteilung Pakistans durch den UNO-Sicherheitsrat sein Veto einlegte. Vermutlich hat hier das Militär ein entscheidendes Wort mitgeredet!

Wegen des Verkaufs von Raketentechnologie an Pakistan hatten die USA gegen China übrigens bereits im August 1993 eine sog. „Category IF“-Sanktion verhängt, in deren Gefolge zwei Jahre lang keine „empfindliche“ US-Technologie mehr nach China exportiert werden durfte.²⁹

Ebenfalls im Jahre 1993 war das chinesische Frachtschiff „Yinhé“ in nahöstlichen Gewässern von US-Kriegsschiffen angehalten worden, weil es, wie die amerikanische Seite vermutete, Grundmaterialien für Senf- und Nervengase an den Iran habe ausliefern wollen.³⁰

Beide Maßnahmen haben sich, wie auch andere Embargoversuche der USA, letztlich als stumpfe Waffe erwiesen. Die VBA-Führung wußte dies und setzt ihre Lieferungen fort, wenngleich das Außenministerium hier immer wieder händeringend zu intervenieren versuchte.

- Drittens hat die VBA bei sicherheitsrelevanten Absprachen noch allemal ein Wort mitzureden. So beteiligte sie sich beispielsweise an den strategisch so wichtigen Grenzverhandlungen Chinas mit Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan und arbeitete dabei am Entwurf zweier epochemachender Dokumente mit, nämlich am „Abkommen über Vertrauensbildung in den militärischen Bereichen entlang der Grenzgebiete“, das im April 1996 unterzeichnet wurde, und am „Abkommen über den gegenseitigen Abbau militärischer Kräfte entlang der Grenzgebiete“ vom April 1997.

Mit diesen beiden Vereinbarungen wurde das fast 7.000 km lange Grenzband zwischen den beteiligten Ländern zu einem Entspannungsgebiet umgewidmet.

Auch gegenüber den USA hatte die VBA bereits in den 80er Jahren zahlreiche Gesprächs- und Handelskontakte entwickelt, die allerdings nach dem Tiananmen-Massaker abbrachen und erst 1997 wieder aufgenommen werden konnten. Während einer Visite des US-Verteidigungsministers Cohen im Januar 1998 kam es zwischen den Verteidigungsministerien beider Mächte zur Unterzeichnung eines Seeabkommens, das die äußerst langatmige Überschrift „Vereinbarung über die Errichtung eines Konsultationsmechanismus für die Erhöhung der maritimen militärischen Sicherheit“ trägt³¹ und das genaugenommen verhindern soll, daß es zwischen den Marinekräften beider Seiten zu militärischen Zwischenfällen kommt, wie sie beispielsweise bei den Auseinandersetzungen um die Taiwanstraße im März 1996 durchaus in der Luft gelegen hatten.

Auch zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen amerikanischem und chinesischem Militär dürfte es in Zukunft wieder kommen. Kurz vor der Abreise Cohens nach Beijing hatte Clinton bezeichnenderweise ein bereits im Jahre 1985 (!) geschlossenes Abkommen unterzeichnet, das amerikanischen Firmen die Lieferung von Technologie für Kernkraftprojekte an die VR China gestattet.

Im Gegenzug hatte Washington allerdings gefordert, daß Beijing in Zukunft keine Raketen oder Nukleartechniken mehr an Länder wie den Iran oder Pakistan liefert. Die VBA hat dieses Verlangen akzeptiert.

Große und kleine Außenpolitik sind hier offensichtlich eng miteinander verzahnt. Die VBA möchte, wie diese Beispiele gezeigt haben sollten, zumindest in sicherheitsrechtlichen Belangen am Ball bleiben, also auch weiterhin „kleine Außenpolitik“ betreiben!

Dies gilt nicht zuletzt auch für das Verhältnis zu Rußland, mit dessen Militärs – und Rüstungsbetrieben! – die VBA weiterhin Kontakt halten möchte.³² Seit dem Ende der Sowjetunion ist Rußland ja längst zum Hauptwaffenlieferanten für die VBA geworden. Nach 1991 erwarb China von den immer noch leistungsfähigen Rüstungsbetrieben der einstigen Weltmacht Sowjetunion vor allem Panzer (T 62!), Flugzeuge (neueste MiG-Versionen) und Schiffe.

Noch ein vierter Aspekt mit „außenpolitischen“ Konsequenzen sei hier erwähnt, nämlich die Durchführung von Militärmanövern außerhalb der volksrepublikanischen Grenzen.

So veranstaltete z.B. die Marine im September 1994 ihre seit 45 Jahren umfangreichsten Seemanöver, und zwar vor den Küsten der Provinz Zhejiang. Mehr als 50 Kriegsschiffe aller „vier Flotten“ wurden eingesetzt, darunter nuklearbetriebene U-Boote, Raketenzerstörer, raketenbestückte Fregatten, Landungsboote, U-Boot-Bekämpfungsschiffe und raketenbestückte Schnellboote sowie Marinebomber und Jagdbomber.³³

Ein weiterer Großeinsatz erfolgte im März 1996, und zwar im Zusammenhang mit Drohungsmanövern gegenüber Taiwan. Als jedoch die USA im Gegenzug ihre 7. Flotte aufkreuzen ließen, waren die „Manöver“ schnell wieder zuende. Die oben erwähnte, im Januar 1998 getroffene „Vereinbarung“ über eine bessere gegenseitige Abstimmung der Marinekräfte war eine Konsequenz aus den 1996er Zuspitzungen!

4.2.4.4

Tendenziell abnehmender Einfluß der VBA auf das außenpolitische Geschehen

Langfristig dürfte der Einfluß des Militärs auf die Außenpolitik zurückgehen, und zwar hauptsächlich aus drei Gründen:

- Da sind erstens die ungunstigen Erfahrungen, die die Volksrepublik seit 1949 mit den insgesamt drei großen Militärinterventionen hat sammeln müssen, nämlich mit der Militärkontrolle zwischen 1949 und 1954, mit der VBA-Intervention ins Chaos der Kulturrevoluti-

²⁸ Einzelheiten dazu C.a., 1998/5, S.524-527.

²⁹ C.a., 1993/8, Ü 3.

³⁰ Ebd.

³¹ XNA, 20.1.98.

³² XNA, 23.1.98.

³³ SWB, 21.9.94.

on (1967-71) und mit dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989, das allerdings nur auf das Schuldkonto einiger weniger Prätorianertruppen ging.

- Zweitens aber dürfte sich über die Armee erneut der Schatten der Geschichte legen. Jedermann kennt das Sprichwort, daß man aus gutem Eisen keine Nägel und „aus guten Männern keine Soldaten macht“ (*haonan bu dang bing* [54]). Daß dieser Spruch auch heute noch Geltung besitzt, mußte sogar die Armeezeitung³⁴ zur Kenntnis nehmen, als sie, in einem Anfall von Selbstmitleid, die „bei vielen Leuten verbreitete Meinung“ zitierte, daß ein „Rückgang des Status der Armee keineswegs eine schlechte, sondern eine gute Sache“ sei. Leider werde auch heutzutage noch jede Steigerung des militärischen Einflusses als gefährliches Signal für Stabilitätsverluste mißverstanden.

Feststellungen dieser Art blitzen zwar immer nur sekundenweise auf, doch zeigen sie hinreichend deutlich, daß die Geschichte nach wie vor ihr Werk verrichtet, daß also in der Öffentlichkeit ein breiter Konsens gegen weiteren Militäreinfluß besteht.

- Drittens aber ist es langfristig vor allem die neue „Öffentlichkeit“, die an der Berechtigung der VBA, Außenpolitik mitzubestimmen, lautstarke Zweifel anmeldet (Näheres unten 4.2.7).

4.2.5

Geheimdienste – eine *quantité négligeable*

Kann das Militär auf die Außenpolitik einen noch wenigstens begrenzten Einfluß ausüben, so spielen die Geheimdienste hier so gut wie keine Rolle.

Wenn die *tewu* [55] („Sonderdienste“) im vorliegenden Zusammenhang überhaupt Erwähnung finden, so nur deshalb, um Vergleiche mit den Geheimdiensten ehemaliger realsozialistischer Staaten gar nicht erst aufkommen zu lassen; wären doch Parallelsetzungen zwischen *tewu*-Gliederungen und dem früheren KGB oder der ostdeutschen Stasi geradezu absurd: erstens nämlich vertragen sich Maulwurfsorganisationen ohnehin nicht mit der zellularen Danwei-Struktur Chinas, zweitens aber haben sie sich überall dort, wo sie gleichwohl in Aktion traten, in aller Regel gegenseitig lahmgelegt.

Vier Organe sind es, davon zwei Staats- und zwei Parteiinstitutionen, die Sicherheits- und Geheimdienstaufgaben wahrzunehmen haben, nämlich das *gonganbu* [56] (GAB: „Ministerium für Öffentliche Sicherheit“), das *guojia anquanbu* [57] (GJAQB: „Ministerium für Staatssicherheit“), drittens das *diaochaobu* [58] (DCB: „ZK-Ermittlungsbüro“) und nicht zuletzt die *zhengfa weiyuanhui* [59] (ZFWYH: „ZK-Kommission für Politik und Recht“).

Das GAB fungierte lange Zeit als das einzige staatliche Gremium, in dem nahezu sämtliche Sicherheitsbelange konzentriert waren, dessen einzelne Ämter bis hinunter zur Gemeindeebene reichten und das überdies als Zitadelle der „Konservativen“ galt.

Das GJAQB war 1953 abgeschafft, 1983 aber wieder errichtet worden, und zwar mit der Aufgabe, Abwehrarbeit gegen ausländische „Spione“ (*jianxi* [60]) und „Ge-

heimdienste“ (*tewu*) zu leisten. Vor allem sollte es Kontakte zwischen ausländischen Journalisten und einheimischen Dissidenten verhindern helfen. Kein Wunder, wenn gerade Korrespondenten die zweifelhafte Ehre hatten, mit dem GJAQB besonders viel Erfahrung sammeln zu können.

Dient das GJAQB der Defensive, so das DCB überwiegend der „Offensive“ im Ausland, vor allem der Zulieferung von Informationen. Was schließlich den vierten Apparat, nämlich die ZFWYH angeht, so war sie, genauso wie das GJAQB, vorübergehend lahmgelegt, im gleichen Jahr 1983 aber ebenfalls erneut aus der Taufe gehoben worden – und zwar wiederum auf Initiative der Reformer. Die ZK-Kommission entstand als Koordinationsinstrument für das gesamte Sicherheits- und Geheimdienstwesen – und wurde übrigens schon bald dem Politbüromitglied Qiao Shi unterstellt.

Alle vier hier erwähnten Sicherheits- und Geheimdienstapparate haben zwar in den kritischen Tagen nach der Tiananmen-Affäre von 1989, als es galt, möglichst viele Studenten und Arbeitervertreter ans Messer zu liefern, einträchtig zusammengearbeitet; die meiste übrige Zeit aber sind sie offensichtlich damit beschäftigt, sich gegenseitig auf die Finger zu schauen. Ganz gewiß kein Zufall war es, daß die Reformer das staatliche GJAQB und die ZK-Kommission ZFWYH neu belebt haben: Deng Xiaoping und seine Mitkämpfer waren ja allesamt Opfer der Kulturrevolution – und damit letztlich auch der damals mächtigen Geheimdienste Kang Shengs geworden. Kein Wunder, daß sie bei der Neugestaltung des Staats- und Parteiapparats nach 1978 fest entschlossen waren, niemals wieder ein Geheimdienstimperium von Kangschen Dimensionen zuzulassen.³⁵

Geheimdienste stimmen sich nach alledem keineswegs streng arbeitsteilig untereinander ab, sondern sind hauptsächlich damit beschäftigt, sich politisch gegenseitig in Schach zu halten. Als eigenständige Entscheidungsträger pflegen sie sich damit von vornherein zu disqualifizieren. Im außenpolitischen Bereich gar spielen sie so gut wie keine Rolle, es sei denn, daß der DCB im Ausland Informationen sammelt oder der GJAQB ausländischen Korrespondenten auf die Finger schaut.

Daß es außer den vier erwähnten *tewu* auch noch andere Geheimdienste gibt, wurde vor allem im Zusammenhang mit der „Heimholung“ Hongkongs deutlich. Neben dem GAB und der ZFWYH waren dort offensichtlich noch mindestens zwei militärische Geheimdienste besonders aktiv gewesen, nämlich die „Zweite Abteilung“ des VBA-Generalstabs und das sogenannte „Verbindungsbüro“ der Politischen Hauptabteilung der VBA, deren Aufgabe vor allem im Sammeln wirtschaftlicher (Hightech) Informationen bestanden zu haben scheint.

Einige der Maulwürfe erlagen damals den Versuchungen des „kapitalistischen“ Lebensstils und ergaben sich entweder dem „süßen Leben“ oder setzten sich mit veruntreuten Geldern kurzerhand ins Ausland – und zwar meist nach Mittelamerika – ab.³⁶

³⁵Zu den Geheimdiensten vergl. C.a., 1989/6, S.428-432 m.N.

³⁶Hongkonger Zeitschrift *Yizhoukan*, 27.1.95, S.48-55, nach SWB, 9.3.95, C.a., 1995/3, Ü 7.

³⁴*Jiefangjun bao*, 19.2.93, S.3.

4.2.6

Wie weit mischen Provinzen und Wirtschaftssonderzonen in der Außenpolitik mit?

Im Zuge der Umorientierung auf Marktwirtschaft und „Türöffnung“ begann die Außenpolitik Chinas nicht zuletzt auch der wirtschaftlichen Vernetzung im nachbarschaftlichen Umfeld der Volksrepublik verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, vor allem der Förderung von Regionalisierungsansätzen sowie der Herstellung von Verbindungen mit dem Auslandschinesentum, wobei das eine mit dem anderen eng zusammenhängt, zumindest aus chinesischer Perspektive.

Vor allem an der Südostküste begannen diese Regionalisierungsansätze – wieder einmal – besonders schnell Früchte zu tragen, sei es, daß Guangdong ohne langes Zögern die einzigartige Chance ergriff, sich in die seit Jahrzehnten geknüpften Netzwerke der damaligen „Kronkolonie Hongkong“ einzubringen, sei es, daß Fujian die geographische – und die sprachliche! – Nähe zum gegenüberliegenden Taiwan nutzte, um asien-, ja weltweit ins Geschäft zu kommen.

Sogar die geökonomisch weniger günstig gelegenen südwestlichen Provinzen zeigten sich hellwach: So nutzten beispielsweise die Provinzen Sichuan, Guizhou, Yunnan und Guangxi, die – im Vergleich mit den südostchinesischen Küstenregionen – immer schon etwas stiefmütterlich behandelt worden waren, die nach 1979 auftauchende historische Chance, um vor allem mit südostasiatischen Staaten fortan stärker ins Geschäft zu kommen. Dabei griffen sie zur Rechtfertigung ihres Vorgehens tief in die Geschichtskiste und wiesen darauf hin, daß es schon vor 2.000 Jahren Handelsrouten gegeben habe, die Chengdu via Yunnan und Birma mit dem indischen Subkontinent sowie via Guizhou und Guangxi mit dem späteren Indochina verbanden. Diese Traditionen sollten nun neu belebt werden, und zwar im Interesse eines Fünftels der chinesischen Bevölkerung.

Ganz in diesem Sinne wurden immer mehr Schlagbäume zwischen Yunnan und Guangxi auf der einen sowie Birma (Myanmar), Vietnam und Laos auf der anderen Seite hochgezogen.

Bereits 1973 war es zur Wiedereröffnung des kürzesten Zugangs zum Indischen Ozean via Myanmar gekommen, als nämlich eine moderne Schnellstraße dem Verkehr übergeben wurde, die in Zhangfeng (Provinz Yunnan) ihren Ausgangspunkt nimmt und im 100 km weiter westlich liegenden Bhamo (Nordmyanmar) endet. Diese ursprünglich „politische Straße“ wurde zwei Jahrzehnte später erstmals auch wirtschaftlich voll genutzt: Seit April 1993 rollen nämlich Güter von Yunnan zunächst über die Autostraße nach Bhamo und werden dort auf Irrawaddy-Schiffe umgeladen, die den Transport bis zum 1.400 km entfernten Indischen Ozean übernehmen. Auch der „kleine Grenzhandel“ wurde mittlerweile weiter ausgebaut und durch flexible lokale Vorschriften „geebnet“. ³⁷

1993 kam es im Südwestbereich darüber hinaus zu einem „Vier-Nationen-Treffen auf hoher Ebene“, dessen Ziel es war, ein subregionales Kooperationsbündnis für die Bereiche Südchina, Nordthailand, Myanmar und Laos anzupfeilen und in diesem Zusammenhang vor allem der Schiff-

fahrt am oberen Mekong sowie dem Ausbau von innerregionalen Straßenverbindungen verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken. ³⁸

Oppositionsparteien in den Nachbarstaaten, vor allem in Thailand, kritisierten Ansätze dieser Art zwar als gefährliches Unterfangen, weil dadurch expansionistischen und militärischen Ambitionen Chinas Vorschub geleistet werde, ³⁹ doch stießen Einwände dieser Art auf das Gegenargument, daß gegenwärtig ja ganz Asien zum Entfaltungsgebiet standortfreundlicher Drei-, Vier- und Fünfecke geworden sei – man denke z.B. an die drei „Regionalen Wachstumsdreiecke“ im ASEAN-Bereich oder an den von Thailand vorgeschlagenen neuen „Fünferclub“ in Festlandsüdostasien, dem die drei Indochinastaaten, Thailand und Myanmar angehören sollten und dessen Zweck es sei, einstige „Schlachtfelder in Marktplätze“ umzuwandeln.

Regionalisierungsansätze dieser Art begannen sich auch im Norden und Nordosten Chinas zu entfalten – man denke an das sogenannte Tumen-Projekt, dem die Länder Nord- und Südkorea, China sowie Rußland und die Mongolei angehören sollen oder aber an die mehreren Küstenprovinzen übertragene „Mission“, mit Ländern jenseits des Bohai, des Huanghai oder des Donghai Handelsbeziehungen aufzunehmen. So sollten beispielsweise Shandong und Hebei in besonders engen Kontakt mit Südkorea treten, das „genau vis-a-vis“ am Gelben Meer liegt. Jiangsu und Shanghai sollten sich auf Japan konzentrieren und Fujian, wie bereits erwähnt, auf Taiwan.

Zwar handelt es sich bei „Sonderbeziehungen“, wie sie in diesem kommerziellen Kontext entwickelt werden, noch keineswegs um Äußerungen klassischer Außenpolitik, doch dürfte die mit dem Beziehungspartikularismus einhergehende Unabhängigkeit der Provinzen und Regionen dazu führen, daß ohne regionale Mitsprache in vielen Bereichen der Außenpolitik künftig kaum noch „etwas läuft“.

Mit dem Beginn dieser Regionalisierungspolitik schlug auch die Geburtsstunde jenes „Großchinesischen Wirtschaftsraums“, der sich auf höchst informelle Weise im Zuge der nach 1979 einsetzenden Investitionsströme herausbildete und dessen Konturen sich besonders deutlich abzuzeichnen begannen, nachdem sich der im Gefolge des Tiananmen-Massakers aufgestiegene außenpolitische Nebel wieder gelichtet hatte.

Weil die chinesische Außenpolitik vor regionalistischen Entwicklungen dieser Art offiziell lange Zeit die Augen verschlossen hatte, waren informelle Zirkel um so engagierter in die Bresche gesprungen und hatten sich um Schärfung der sich abzeichnenden Entwicklungslinien bemüht. So fand beispielsweise Mitte Januar 1992 in Hongkong eine Konferenz von rund 100 Wissenschaftlern, Unternehmern und Politikern aus der VR China, Hongkong und Taiwan statt, die sich vor allem mit begrifflichen Klärungen und Optionen für die Weiterentwicklung befaßte. Man kam zu dem Ergebnis, daß ein Wirtschaftsblock nach dem Muster der EG angesichts der politischen Differenzen vor allem zwischen Festlandchina und Taiwan wohl kaum zu verwirklichen sei. Um so stärker müßten informelle Verbindungen angestrebt werden, die sich im Drei-

³⁸BP, 1.3.93, S.1.

³⁹Nation, Bangkok, 7.3.93.

³⁷C.a., 1994/7, Ü 5.

eck Südchina, Taiwan und Hongkong ja bereits auf höchst konkrete Weise herausgebildet hätten, sei es nun durch Investitionen taiwanischer und Hongkonger Unternehmen in Südchina, durch die Auslagerung von Produktionsprozessen aus Hongkong ins benachbarte Guangdong oder durch die Vorzugsbedingungen, die Guangdong und Shanghai dem taiwanischen Unternehmertum einräumten.

Die Teilnehmer von 1992 sahen in der Hongkonger Konferenz einen ersten Schritt zum „institutionalisierten Austausch“ über Aspekte der Wirtschaftskooperation. Als nächster Schritt müsse die Gründung eines Kommunikationszentrums ins Auge gefaßt werden.⁴⁰

Volksrepublikanische Lokomotive in diesem Entwicklungsprozeß, an dessen Ende ein „Greater China“ oder aber ein *Zhonghua jingji gongtongti* [61], also ein „Chinesisches Wirtschaftsgebilde“ stehen sollte, war Guangdong, das durch geschickte Dreiecksgeschäfte schon seit Beginn der 90er Jahre immer spektakulärere Wachstumserfolge erzielt hatte. Allein im Jahre 1991 hatte Guangdong sein BIP gegenüber dem Vorjahr um 13,5%, seine Exporte um 21,2%, das eingeworbene ausländische Investitionskapital sogar um 19,7% steigern und sich damit weit über den gesamtchinesischen Durchschnitt erheben können.⁴¹

Beijing wollte diesen wachsenden Vorsprung zwar keineswegs unterbinden, mochte andererseits aber auch keine weiterführenden Konsequenzen mit außenpolitischer/außenwirtschaftlicher Relevanz ziehen, und sei es auch nur dadurch, daß es der Provinz Guangdong oder aber der Stadt Guangzhou eine eigene Aktienbörse zugestanden hätte.

Gleichwohl erfuhr die Eigenständigkeit der Wirtschaftssonderzonen einen jähen Auftrieb, nachdem Deng Xiaoping bei seiner Frühjahrsreise von 1992 bahnbrechende Erklärungen zur Verstärkung der „sozialistischen Marktwirtschaft“ ausgerechnet in Shenzhen, Zhuhai und Shanghai abgegeben hatte: in „Reservaten des Kapitalismus“ also, die seinen konservativen Beijinger Gegnern immer schon ein Dorn im Auge gewesen waren. U.a. unterbreitete Deng damals seine bereits lange vor 1989 geäußerte Vorstellung, daß die Bildung mehrerer Hongkongs höchst wünschenswert sei. Ein anderer „kleiner Drache“, nämlich Singapur, könne der Volksrepublik China sogar als Modell dienen, betonte er. Mit Proklamationen dieser Art hatten die WSZen erneut Oberwasser – und einen gewaltigen Beglaubigungsschub – erhalten, der sie zu selbstständig operierenden Gebilden werden ließ, für die unausgesprochen schon damals der Grundsatz des *yi guo liang zhi* [62] („ein Staat, zwei Systeme“) galt.

Vier Entwicklungen haben dieser weiteren Verselbstständigung der Provinzen und Regionen noch besonderen Vorschub geleistet:

Da kam es, erstens, zur Entstehung eigenständiger regionaler Handels- und Investitionsorganisationen: Hatten bis 1978 lediglich sieben zentrale „Außenhandelsfirmen“ existiert, so waren mittlerweile Dutzende von analog organisierten provinzeigenen Außenhandels- und Treuhandfirmen aus dem Boden geschossen, die zusätzlich von Hunderten privater Firmen sowie von chinesisch-ausländischen Joint ventures flankiert wurden.

Zweitens hatte mittlerweile die Gesetzgebung Überstunden eingelegt und ein üppiges Regelungsfiligran geschaffen: Waren Außenwirtschaftsregelungen noch bis in die späten 70er Jahre hinein Mangelware gewesen, so bedurfte es jetzt schon eines ganzen Juristenstands, um mit den in die Dutzende gehenden Gesetzen und jenen zahllosen neuen Direktiven fertig zu werden, die häufig auf lokale Verhältnisse zugeschnitten waren, so daß sich die Provinzen auch hier in aller Stille von Beijing und seinen Bevormundungseinflüssen abseilen konnten.

Hatte sich, drittens, der Austausch mit anderen Volkswirtschaften bis 1978 weitgehend auf die Kantoner Messe beschränkt, die zweimal pro Jahr stattzufinden pflegte, so waren mittlerweile zahlreiche Wirtschafts- und Freihandelszonen⁴² entstanden, die weitgehend nach eigenem Ermessen agierten – angefangen von der überaus „liberal“ regierten und 1988 zu einer eigenen Provinz erhobenen Insel Hainan über Guangzhou, Xiamen und Shanghai bis hinauf nach Qingdao, Tianjin, Yantai und Dalian. Vor allem der Shanghaier Stadtteil Pudong entwickelte sich seit der 1992er „Frühjahrsreise“ Deng Xiaopings zu einem Kristallisationszentrum wirtschaftlicher Innovationen. Emanzipationsbestrebungen zeigten sich aber nicht nur beim „Drachenkopf“ Shanghai, sondern auch beim „Drachenschwanz“ Chongqing, der am entgegengesetzten Ende des Yangzi liegt und zu dem hinauf nach Fertigstellung des Drei-Schluchten-Staudamms, d.h. also ab 2008, Ozeanschiffe mit bis zu 10.000 BRT gelangen können. Chongqing ist 1996 aus der Provinz Sichuan herausgelöst worden, hat Provinzstatus erhalten und kann sich seitdem rühmen, mit 30 Mio. Einwohnern die größte „Stadt“ der Welt zu sein. In Chongqing wird auch architektonisch längst nicht mehr „gekleckert“, sondern im wahrsten Sinne des Wortes „geklotzt“. Das geballte Selbstbewußtsein der Stadt steht dem der Metropole Shanghai in nichts nach. Beijing wird es schwer haben, sich hier noch Gehör zu verschaffen!

Zur Stabilisierung des regionalen Einflusses trägt, viertens, noch die Eröffnung von Wertpapierbörsen bei, die vorerst zwar nur in Shanghai (seit 1990) und in der Wirtschafts-sonderzone Shenzhen (1991) existieren, denen in China aber eine große Zukunft bevorzustehen scheint. Die Börsen in Shanghai und Shenzhen handeln mittlerweile mit drei Arten von Wertpapieren, nämlich mit Schuldverschreibungen, mit A-Aktien (für Inländer) und mit sog. B-Aktien (für Ausländer). Der Aktienhandel wiederum war nur dadurch möglich geworden, daß viele bisher in Staatseigentum stehende Betriebe kapitalisiert und in Aktiengesellschaften umgewandelt wurden.⁴³

Die Börsengründung hat indirekt auch außenpolitische, zumindest aber einschneidende außenwirtschaftliche Konsequenzen: Indem sich nämlich chinesische Aktiengesellschaften mit westlichem Kapital „vollaugten“, verloren sie nicht nur ihre bisher so überaus „souveräne“ Unabhängigkeit, sondern gerieten auch immer mehr in den Sog der Globalisierung. China, das noch in maoistischer Zeit einen Kurs von unvergleichlicher Eigenart gesteuert hatte, bekam also jetzt, zumindest über seine Handels-

⁴⁰Dazu C.a., 1992/1, Ü 16.

⁴¹XNA, 19.1.92.

⁴²Zum Variantenreichtum der WSZen vergl. C.a., 1998..., 3.3.2.3.

⁴³Zu diesem Vorgang Margot Schüller, „Der Wertpapiermarkt in China“, C.a., 1992/3, S.163-173.

und Industriezweige, immer mehr die Gesetze der Einbindung und der Interdependenz zu spüren.

„Interdependenz“ aber ging zunehmend auch mit „kleiner Politik“ Hand in Hand, die gerade im wirtschaftlichen Kontext von eher lokalen und regionalen Interessenverbänden ausging.

Auch die zentralen AHGen und die zentrale Treuhandgesellschaft (CITIC) haben von seiten provinzieller AHGen und provinzeigener „ITICS“ längst Konkurrenz bekommen. Könnte dieses Schicksal nicht eines Tages auch dem Beijinger Außenministerium widerfahren?

Die Beijinger Bürokratie – und nicht zuletzt ihr Außenamt – haben zunehmend also den Eigengesetzlichkeiten der „Interdependenz“ (von außen) und der „kleinen Politik“ (von innen) Rechnung zu tragen – und Berührungspunkte abzubauen!

4.2.7

Öffentlichkeit und „kleine Politik“

Zum einen ist es also die Wirtschaft, die, wie oben (4.2.6) ausgeführt, der „großen“ Außenpolitik Beijings immer mehr mit Gegenvorstellungen und z.T. auch mit Eigenmächtigkeiten in die Quere kommt, zum anderen aber sind es die Kräfte des neuen Mittelstands, die mit ihren Mitbestimmungsforderungen und mit ihren ebenso bohrenden wie subtilen Bemühungen um Herstellung von Öffentlichkeit der „kleinen Politik“ zunehmend Gehör verschaffen.

Was mit „kleiner Politik“ gemeint ist, läßt sich am besten durch einen Hinweis auf die Entwicklung der deutschen Außenpolitik konkretisieren: Hatte hier ein Bismarck seine Außenvorstellungen noch weitgehend vom grünen Tisch aus entwerfen und mit Hilfe eines kleinen Stabs von Mitarbeitern im Wege von „Geheimdiplomatie“ gestalten können, so muß sich ein Genscher oder ein Kinkel in jede seiner Entscheidungen von außen hineinreden lassen, sei es, daß die Interventionen von Oppositionsparteien kommen oder sei es, daß Verbraucherverbände, Gewerkschaften und der Hartmannbund ein Wörtchen mitreden wollen. Bismarck hatte m.a.W. noch „große Politik“ betreiben können, während heutzutage die Gegenvorstellungen der „kleinen Politik“ von den Entscheidungen des Außenministeriums oft kaum noch ein Haar übriglassen.

Ähnliche Entwicklungen scheinen mittlerweile auch der chinesischen Außenpolitik ins Haus zu stehen.

Die vor allem in den chinesischen Großstädten langsam zur Wirkung kommende „Öffentlichkeit“ bildet sich im Wege jenes „demokratischen Dreisprungs“ heraus, wie er, um Jahrzehnte vorgezogen, bereits auf Taiwan stattgefunden hat und wie er mittlerweile auch in wirtschaftlich erfolgreichen Ländern wie Südkorea, Hongkong, Malaysia oder Thailand z.T. nachvollzogen wurde.

Voraussetzung Nr.1 für einen erfolgreichen Demokratisierungskurs ist, wie vor allem der „Fall Taiwan“ gezeigt hat, die Entstehung von Wohlstandinseln, wie sie seit den 60er und 70er Jahren aus dem Meer der Armut in vielen Ländern Asiens aufgetaucht sind. Mit dem neuen Wohlstand wächst die Chance (wenn auch keineswegs die Unausweichlichkeit!) für die Herausbildung eines Mittelstands, um dessen konkrete Definition immer noch Streit besteht.⁴⁴ Wo sich Mittelstandsschichten einmal heraus-

gebildet haben, kommt es fast automatisch zu Partizipationsforderungen – und, Hand in Hand damit, zur Herausbildung einer Öffentlichkeit.

Systematisch betrachtet waren es im China der Reformen bisher vor allem „drei Autonomisierungen“, die der Macht der Bürokratie immer engere Grenzen gezogen haben, nämlich die wachsende Selbständigkeit Zehntausender von Betrieben, zweitens das Abdriften ganzer Regionen von der Zentrale, das dazu führt, daß die Hauptstadt den Provinzen nicht mehr einfach nur Befehle erteilen kann, sondern mit ihnen feilschen muß, und, drittens, die Geburt neuer gesellschaftlicher Mittelschichten.

Nun herrscht zwischen Mittelstands- und Öffentlichkeitsbildung zwar ganz gewiß keine Automatik, da sich „homines novi“ mit einer oligarchischen Führung durchaus auch arrangieren können oder weil die Führung umgekehrt allzu „vorlauten“ Partizipationsforderungen zumindest vorübergehend einen Dämpfer erteilen kann – man denke an die „Tiananmen“-Notbremsung von 1989 oder an die fortdauernden Bemühungen der KPCh, vor allem die Massenkommunikationsmittel unter Kontrolle zu halten.

Auf *längere* Sicht dürfte sich die „demokratische Weltrevolution“ und das Heraufkommen einer immer breiteren Öffentlichkeit jedoch kaum verhindern lassen, wobei allerdings sogleich angemerkt sei, daß „Demokratie“ und „Öffentlichkeit“ in einem Land wie China andere Wesenszüge annehmen, als dies in Europa oder in den USA der Fall ist:

- „Chinesische Demokratie“ unterscheidet sich beispielsweise in zumindest dreifacher Hinsicht von entsprechenden westlichen Vorstellungen, angefangen von der Trägerschaft (eher Gruppen und Netzwerke als Einzelpersonen) über den Prozeß („Konsultation statt Streitkultur“) bis hin zum Ergebnis (keine „51%-Demokratie“!).⁴⁵
- Aber auch in der Ausübung „öffentlichkeits“-wirksamer Rechte dürfte sich in China ein von westlichen Vorstellungen abweichender „Arbeitsstil“ (*zuofeng* [63]) entwickeln. Da Chinesen andere Vorstellungen von politischer „Macht“ haben als Europäer,⁴⁶ pflegen sie sich ihren Trägern gegenüber in der Regel „harmonischer“ und „respektvoller“ zu verhalten. Dies wird nicht zuletzt bei politischen Karikaturen deutlich, die weit weniger bissig auszufallen und mit weniger „Vernichtungswillen“ zu Papier gebracht zu werden pflegen, als dies im Westen der Fall ist.⁴⁷ Im Gegensatz zu den „politischen Kulturen“ des Westens dürfte „Öffentlichkeit“ im künftigen China deshalb weitaus mehr von „konsultativen“ als von konfrontativen Absichten getragen sein.

So wie Rom nicht an einem Tag gebaut wurde, dürfte sich auch die Geburt der neuen Öffentlichkeit in China noch geraume Zeit hinziehen. Schon Mitte der 90er Jahre gab es allerdings, wie zumindest die offizielle Presse wissen wollte,⁴⁸ eine „Schicht“ (*jiēceng* [64]) von (angeblich) Neureichen (*dakuan* [65]), die sich von niemandem mehr

⁴⁵Im einzelnen dazu C.a., 1997/8, S.656 f.

⁴⁶Zum dreifachen Unterschied vergl. C.a., 1997/12, S.1229 f.

⁴⁷Einzelheiten dazu ebd., S.1230.

⁴⁸Z.B. RMRB, 20.6.94.

⁴⁴Einzelheiten dazu C.a., 1997/8, S.652.

dreinreden lassen wollten und die schnell an Einfluß gewannen, weil sie ihren Reichtum zur Erlangung politischer Macht einzusetzen, sich also vor allem in politische Entscheidungen einzukaufen wußten. Sie verteilten großzügig Spenden, verschafften sich bei Entscheidungsgremien Eingang als „Berater“ und als „Sprachrohre“ (*daiyanren* [66]) und betrieben bisweilen sogar das schmutzige Geschäft des Stimmenkaufs bei Wahlen.⁴⁹

Wie Beschreibungen dieser Art verdeutlichen, werden „Einmischungsversuche“ wirtschaftlicher oder intellektueller Interessengruppen also keineswegs positiv, d.h. als Zeichen demokratischer Reife von Bürgern, sondern überaus negativ, nämlich als Korruptionsversuche von „Neureichen“ interpretiert.

Daß partizipationswillige Bürger versuchen, sich vor allem mit der etablierten Kaderschicht zu arrangieren, dürfte angesichts der in China herrschenden Machtverhältnisse kaum jemanden besonders erstaunen, liefert aber der bürokratisch gelenkten Presse doch immer wieder reichlich Gelegenheit, das „Korruptions“-Gespenst an die Wand zu malen!

Besonders rasant wächst die neue Mittelschicht auf dem Humus nichtstaatlicher Betriebe, von denen es schon Ende 1992 nicht weniger als 139.000 registrierte Einheiten gegeben hatte und die mit ihrer Dynamik nicht nur zur Erhöhung der Exporte und zur Konsolidierung des Staatshaushalts, sondern auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitrugen. Während ferner viele Staatsbetriebe immer häufiger rote Zahlen schrieben, wuchs die Zahl der autonomen Aktiengesellschaften – und mit ihnen die Schar der Aktienbesitzer!

Neben der autonomen Wirtschaft war es, zweitens, der Medienbereich, in dem sich, trotz vielfältiger Repressions- und Kontrollmaßnahmen, die Emanzipationskräfte besonders kraftvoll zu regen – und in dem ihre Klopfeichen immer vernehmlicher zu werden begannen. Das Erwachen der Öffentlichkeit war hier oft eine Trotzreaktion gegen behördliches Zensurverhalten. Vor allem im südlichen China ging in den 90er Jahren eine ganze Reihe von Zeitungen und Zeitschriften dazu über, den Hongkonger und Taiwaner Pressestil nachzuahmen und damit um die Gunst jener Leser zu werben, die es satt hatten, jeden Tag mit geschönten Propagandanachrichten der Partei- und der Staatspresse abgespeist zu werden. Kein Wunder, daß sich der Zensurapparat – unter Anleitung der ZK-Propagandaabteilung – schon bald auf solche „unverantwortlichen“ Organe und Journalisten einschloß: sie setzten Gerüchte in die Welt, stellten gerne die Schattenseiten der chinesischen Entwicklung heraus und warteten mit „exklusiven“ Berichten auf, in denen sogar Staatsgeheimnisse verraten würden.⁵⁰ Journalisten dieser Sorte müßten immer wieder auf die unumgängliche „Parteilichkeit des Pressewesens“ hingewiesen werden, das nach wie vor ein Sprachrohr der KPCh und ihrer Sozialismusvorstellungen zu sein habe!

Chinas Presseorgane und Buchverlage werden mit solchen Anzettlungsversuchen immer wieder auf eine schwierige Gratwanderung zwischen Selbstfinanzierung und politischer Linientreue verwiesen. Je dynamischer sich frei-

lich die „drei Autonomisierungen“ zu Wort melden, um so schneller dürfte der Ruf nach „Parteilichkeit“ und nach einer Berufsauffassung verstummen, deren Leitbild der „Journalist in Uniform“ ist.

Versuche, den kritischen Journalismus in Zaum zu halten – ja, ihn als „bezahlten Journalismus“ zu diffamieren –,⁵¹ führen zu dem mißlichen Ergebnis, daß solide offene Massenkommunikation behindert wird, während gleichzeitig dunkle – und profitbringende – Kanäle um so stärker sprudeln können, sei es nun in Form pornographischer Werke oder aber der notorischen Raubdrucke.

Ungeachtet aller Behinderungen dürfte die Zensurwaffe freilich immer stumpfer werden.

Eine dritte Quelle von „Öffentlichkeit“ ist die Studentenschaft, deren Proteste bisher zweimal in der neueren Geschichte Chinas weltweites Aufsehen erregt haben, nämlich bei der *wu si yundong* [67], d.h. der 4.-Mai-Bewegung von 1919 und bei den *liu si*-Ereignissen [68], d.h. beim Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989. Studenten neigen dazu, als Protagonisten des „Patriotismus“ (*aiguo-zhuyi* [69]) sowie als Bannerträger des Kampfes gegen „die Mächtigen und die Reichen“ (*you quan de, you qian de* [70]) aufzutreten.⁵²

In jüngster Zeit hat ihr Ruf nach mehr Öffentlichkeit einen mächtigen Verbündeten erhalten, nämlich in Form des Internets, das neuerdings auch die chinesischen Hochschulen zu durchziehen beginnt, und zwar unter der Bezeichnung „CERNET“ (China Education and Research Network). Zentrale des CERNET ist die Beijinger Qinghua-Universität, die bereits Mitte der 90er Jahre mit sechs anderen Hauptuniversitäten in Beijing, Shanghai, Nanjing, Xi'an und Guangzhou verbunden wurde und sich übrigens von Anfang an auch mit dem internationalen Computernetz hatte kurzschließen können.

Daß die volksrepublikanische Führung solche Netze überhaupt zuließ, zeigte immerhin ihren Willen, den Weg der Informationsgesellschaft nicht von vornherein zu vermauern; allerdings laboriert sie hierbei mit einem viel zu eng gefaßten „Geheimnis“-Begriff. Deshalb steht nach wie vor die – auch „außenpolitisch“ relevante – Frage im Raum, wie weit die Tür noch geöffnet werden (oder wenigstens geöffnet bleiben), wer zu den Netzen Zugang erhalten und wie weit „geistige Verschmutzung“ verhindert werden soll – und kann!

Hier entstehen m.a.W. Ansätze und Perspektiven, deren Tragweite den Machthabern entweder noch nicht ganz klar ist oder die ihnen schon heute Kopfzerbrechen bereitet.

Da Meinungs- und Pressefreiheit in der VR China vorerst nur schwach ausgeprägt sind, dürfte es noch geraume Zeit dauern, ehe sich die neue Öffentlichkeit wirkungsvoll in Entscheidungsprozesse „einmischen“ – und auch in Fragen der Außenpolitik „ein Wörtchen mitreden“ kann.

Die ersten Schritte auf diesem langen Marsch sind aber spätestens mit dem Start in die „sozialistische Marktwirtschaft“ und mit den dadurch hervorgerufenen Reformzwängen getan worden. Hatten sich die Auseinandersetzungen um den „richtigen“ politischen Kurs bisher noch allemal auf die Fraktionen *innerhalb* der Führungselite be-

⁴⁹ *Dangdai*, 15.6.94, S.4 f., C.a., 1994/6, Ü 10.

⁵⁰ Äußerungen des Chefs der ZK-Propagandaabteilung, Ding Gu'gen, in RMRB und GMRB vom 23.2.93.

⁵¹ Einzelheiten dazu C.a., 1993/8, Ü 14, 15.

⁵² C.a., 1995/2, Ü 8.

schränkt, so verlagern sich die Hauptzündflächen im Gefolge weiterer politischer Reformen immer stärker *nach außen* und werden zum Austragungsort von „Konsultationen“ zwischen politischer Führung und kritischer Öffentlichkeit, die sich nicht mehr manipulieren läßt. Ihr Ergebnis verleiht den politischen Entscheidungen eine neue Richtung, zumindest aber höhere Verbindlichkeit, auch in der Außenpolitik.

Ob *dann* noch, wie im März 1996 geschehen, Raketen in Richtung Taiwan abgeschossen werden, ob *dann* noch überall „Prinzen“ (d.h. Funktionärssöhne) an den Hebeln der Macht (und u.a. auch des Waffenhandels) verbleiben und ob auch *dann* noch VBA-Offiziere außenpolitische Entscheidungen mitbestimmen können, mag zweifelhaft sein. Wo Partizipation der breiten Öffentlichkeit ins Spiel kommt, haben die „Gewehrläufe“ wenig Chancen und pflegen auch Korruptionsfälle schneller ans Licht zu kommen!

Die „innermandarinäre Öffentlichkeit“ hat einst dazu geführt, daß im China der Kaiser ein eigenes Außenamt als Luxus erachtet und Außenpolitik für überflüssig gehalten wurde; demgegenüber dürfte die neue – und wesentlich breiter angelegte – Öffentlichkeit zwar nicht mehr an der Unentbehrlichkeit von Außenpolitik Zweifel anmelden, wohl aber am Monopol der Bürokratie auf die Gestaltung von Außenpolitik.

Chinesische Zeichen

- [1] 极
- [2] 对外联络部
- [3] 人民银行
- [4] 总理衙门
- [5] 外交部
- [6] 外事机关
- [7] 礼宾司
- [8] 礼部
- [9] 新闻司
- [10] 领事司
- [11] 西欧司
- [12] 苏欧司
- [13] 外交人员
- [14] (大理)外长
- [15] 副外长
- [16] 外交部长助理
- [17] 外交部发言人
- [18] 大使
- [19] 代办
- [20] 临时代办
- [21] 参赞
- [22] 专员
- [23] 武官
- [24] 总领事
- [25] 领事
- [26] 中国国际贸易促进委员会
- [27] 国际信托投资公司
- [28] 中国人民外交学会
- [29] 旅行社
- [30] 研究所
- [31] 中国德国史研究会

- [32] 三自爱国运动委员会
- [33] 天主教爱国会
- [34] 中国人民对外友好协会
- [35] 开放
- [36] 治国
- [37] 信
- [38] 没有一个人民的军队,便没有人民的一切
- [39] 三支两军
- [40] 党政分开
- [41] 党政一体化
- [42] 交叉兼职
- [43] 两块牌子,一套人马
- [44] 治政党
- [45] 陆军
- [46] 省军区
- [47] 大军区
- [48] 山头主义
- [49] 地方保护主义
- [50] 关系网
- [51] 秘书帮
- [52] 太子党
- [53] 国防大学
- [54] 好男不当兵
- [55] 特务
- [56] 公安部
- [57] 国家安全部
- [58] 调查部
- [59] 政法委员会
- [60] 奸细
- [61] 中华经济共同体
- [62] 一国两制
- [63] 作风
- [64] 阶层
- [65] 大款
- [66] 代言人
- [67] 五四运动
- [68] 六四
- [69] 爱国主义
- [70] 有权的,有钱的